

erklären wollten. Ich werde dieses Gegenstandes nur noch mit wenigen Worten gedenken, würde auch nicht weiter darauf eingegangen sein, wenn nicht die Worte, welche der Herr Präsident am Schlusse der Sitzung sprach, mir es gewissermaßen zur Nothwendigkeit gemacht hätten. Der Herr Präsident schien einen Widerspruch in unserm Hiersein und in unserem Verhalten zu finden; ich hoffe, daß wir sehr bald Gelegenheit haben werden, diesen hochwichtigen Gegenstand hier ausführlich zu verhandeln, muß aber doch bereits heute bemerken, daß wir hier eingetreten sind unter Anerkennung der factischen Verhältnisse, daß es für uns eine Nothwendigkeit war einzutreten nach vielen Richtungen hin und aus vielen Gründen. Wir mußten eintreten, weil wir nur hier noch den Boden finden konnten, auf welchem es uns vergönnt war, unsere Stimme zu erheben. Wir mußten eintreten, weil wir die Gesetze, welche hier gegeben werden, zu befolgen haben und auch befolgen wollen. Meine Herren, Mehrere von uns haben sich lange gesträubt, bevor sie selbst dieses factische Anerkenntniß durch ihren Eintritt kund gegeben haben und ich glaube, es ist von unserer Seite nicht zuviel verlangt, wenn wir bitten, daß man uns wenigstens die Aussprache unserer Rechtsanschauung hier nicht verkümmere. Auch bei dem gegenwärtigen Berichte, wo wir uns genöthigt sehen, Anträge zu stellen auf Abänderung eines Gesetzes, welches wir in vielen Beziehungen für streng, für draconisch halten, auch hier war es uns geboten, den Standpunkt mit Klar zu machen, welchen wir diesem Gesetze gegenüber einnehmen. Indem wir hier eingetreten sind, haben wir alle die Gesetze, welche jetzt hier zur Berathung vorkommen, im Interesse der Freiheit und des Volkswohles mit berathen wollen, so auch das Preßgesetz und hiervon ausgehend, werden Sie es wohl für gerechtfertigt halten, wenn wir alle Beweismittel, welche sich darbieten, um gegen dieses Gesetz anzukämpfen, benutzen und ein solches Beweismittel ist die Bezugnahme auf den erwähnten Act und die Verordnung vom 3. Juni 1850. Es kann uns nicht in den Sinn kommen, 14 Jahre der Geschichte wie mit einem Schwamme von der Tafel der Geschichte wegzuwischen. Wir sind uns wohl bewußt, daß wir uns den jetzt bestehenden Verhältnissen zu fügen haben. Aber meine Herren, wir sind auch hierher gekommen, um Sie, die Sie in dieser Versammlung sitzen, zu bewegen, zum Rechte zurückzukehren

(Abg. Seiler bittet um's Wort.)

und wir wollen uns nur der Mittel bedienen, welche uns die Rechte, welche uns als Mitglieder dieser Versammlung gegeben sind, zugestehen. Es zeigt Ihnen, daß wir gerade auf einem ruhigen, besonnenen Wege vorwärts gehen. — Ein anderer Gegenstand, welchen der Herr Staatsminister im Auge haben konnte, mochte die Bezugnahme auf den deutschen Bund sein. Auch hier meine Herren, schien es wohl geboten zu sein, gerade darauf zurückzuweisen; denn

gerade die Gesetzgebung des deutschen Bundes liegt uns ja hier vor Augen und soll heute mit maßgebend sein in Bezug auf unsere Aussprache. Leider hat bis jetzt der deutsche Bund oder ich will vielmehr sagen, die deutsche Bundesversammlung die Kraft, welche ihr innen wohnt, nur benutzt zur Unterdrückung der Freiheit. Die neueste Zeit hat wieder gezeigt, wie schwach die Bundesversammlung ist, sobald es gilt, das Recht und die Ehre Deutschlands aufrecht zu erhalten. Wir werden Gelegenheit haben, uns in nächster Zeit in dieser Beziehung mit einem traurigen Bilde dieser Schwäche zu beschäftigen. Aber meine Herren, daß wir uns erlaubten, auf den deutschen Bund hinzuweisen, lag wohl sehr nahe; denn es liegt ein Gesetz vom deutschen Bunde mit vor, das Bundespreßgesetz, welches gegeben worden ist, um Verfassungen zu begraben oder todt zu schweigen und um Freiheiten zu vernichten. Dieses Gesetz wollen wir heute hier bekämpfen und darum mußte der deutsche Bund hier erwähnt werden. Ich möchte hier anknüpfen an einige Worte, welche der Herr Staatsminister von Beust bei einer anderen Gelegenheit gebraucht hat, wo er erwähnte, daß die Sachen wohl besser ständen, wenn eine deutsche Volksvertretung beim Bunde mit thätig gewesen wäre. Auch ich möchte sagen, wir würden andere Zustände auch in Bezug auf die Preßfreiheit haben, wenn die Vertreter des deutschen Volkes bei der Bundesversammlung ihre Stimmen hätten mit erheben können. Wir stehen vielleicht in diesem Augenblicke am Vorabende trüber Ereignisse. Es ist möglich, daß die Bismark'sche Reaction uns überfluthen wird. Trübe Wolken werden vielleicht in der nächsten Zeit alle und jede Freiheit verschleiern. So wie wir aber jetzt gegen die Knechtung der Presse ankämpfen, ebenso, meine Herren, hoffe ich, werden wir dann gegen die Knechtung der Freiheit in Deutschland ankämpfen. Indem ich nun zum Deputationsberichte übergehe, kann ich mich wohl auf wenige Worte beschränken, weil ich mir vorgenommen habe, bei jedem einzelnen Punkte, wo es mir nöthig erscheint, meine Anschauung ausführlicher darzulegen. Zunächst habe ich anzuerkennen, daß der Bericht mit großer Sorgfalt verfaßt ist und ich habe der Deputation dafür meinen Dank zu sagen. Dabei kann ich aber nicht umhin zu bemerken, daß ich sowohl im Berichte, als auch in den von der Majorität der Deputation gestellten Anträgen eine fast zu große Mäßigung finde. Doch diese Mäßigung ist erklärlich schon deshalb, weil eine gleiche Mäßigung selbst in der Petition, welche aus Leipzig uns zugekommen ist, enthalten und sichtbar ist. Ich will das, was sowohl im Berichte, als in der Petition über die Milde der Regierung erwähnt worden ist, hier nicht einer schärferen Kritik unterwerfen, obwohl ich mannigfache Beispiele anführen könnte, die keineswegs von einer solchen Milde und Schonung gegen die Presse zeigen. Eins aber will ich offen erklären: ich habe kein Vertrauen in dieser Beziehung zur Regierung. Ich habe